

schen wurden bei den Überschwemmungen getötet bzw. verletzt (keine genaue Aufteilung, wieviel Menschen gestorben sind).

Von offizieller Stelle wurde berichtet, daß die Überschwemmungen in diesem Jahr dadurch charakterisiert waren, daß Regenstürme die Überschwemmung der Flüsse hervorrief, daß der starke Regen in bestimmten Regionen zu wiederholten Überschwemmungen führte und daß Taifune wesentlich öfter als in den letzten Jahren auftraten. Als erste Katastrophenhilfe wurden 500 Mio. Yuan aus dem zentralstaatlichen Reservefonds bereitgestellt; 1991 leistete der Staat noch eine Nothilfe von 370 Mio. Yuan. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 7.9.94), nach SWB 6.10.94)

Die Überschwemmungen betrafen im Juni zweimal hintereinander große Teile von Süd- und Südwestchina, im Juli Nordostchina und im August den Küstenbereich des nordostchinesischen Golfs von Bohai. Große Schäden richtete auch der Taifun "Fred" an, der Ende August Teile der Provinz Zhejiang verwüstete und nach ersten Berichten 700 Todesopfer forderte. (NZZ, 25.8.94)

Es wird mit größeren Auswirkungen der Naturkatastrophen auf den landwirtschaftlichen Output gerechnet, da zusätzlich zu den Überschwemmungen auch Dürreperioden in manchen Regionen die Ernterwartungen sinken ließen. (SCMP, 15.9.94) -schü-

Taiwan

*(43)

Rückkehr in die UNO erneut abgelehnt

Unter Druck von Beijing hat die UNO zum zweitenmal eine Initiative für die Rückkehr Taiwans in die Weltorganisation von vornherein abgelehnt. Zwölf taiwanfreundliche Staaten aus Lateinamerika, Afrika und dem pazifischen Raum (Burkina Faso, Zentralafrikanische Republik, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Nicaragua, Niger, St. Vincent und die Grenadinen, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, Salomon-Inseln und Swasiland) hatten

den Antrag eingebracht, unter dem Prinzip der Universalität der UNO-Mitgliedschaft einen Sonderausschuß zur Diskussion einer Wiederzulassung der Republik China in Taiwan, die eine Bevölkerung von 21 Millionen hat, einzusetzen. Im Allgemeinen Ausschuß sprachen sich 7 Staaten für und 17 gegen den Antrag aus. Schließlich entschied der Vorsitzende des Allgemeinen Ausschusses ohne förmliche Abstimmung, den Antrag mangels Konsens nicht auf die Tagesordnung der 49. Vollversammlung zu setzen.

Trotzdem bewertet es Taiwan als einen Erfolg, weil sich sowohl die Zahl der Initiatoren als auch die der Befürworter des Antrages im Vergleich zum letzten Jahr verdoppelt hat. Außerdem wurde damit nochmals auf die Taiwanfrage in der Weltöffentlichkeit aufmerksam gemacht. 1971 war Taiwan aus der UNO ausgeschlossen worden, als die Weltorganisation die chinesische Mitgliedschaft an Beijing erteilte. (LHB, 23.9.94; ZYRB und FCJ, 24.9.94) -ni-

*(44)

Erneuerung der US-Taiwanpolitik

Am 7. September hat Washington nach langen Überlegungen eine neue Taiwanpolitik bekanntgegeben. Es handelt sich dabei allerdings nur um einige Nuancen in den "inoffiziellen" Beziehungen der USA zu Taiwan. Danach kann die taiwanische halbamtliche Vertretung in den USA den neuen Namen "Taipei Economic and Cultural Representative Office" tragen anstatt der bisherigen Bezeichnung "Coordination Council for North American Affairs". Hochrangige Beamte und Politiker aus Taiwan, die für Wirtschaft, Handel und Technik zuständig sind, dürfen dienstlich die entsprechenden US-Behörden mit Ausnahme des Weißen Hauses und des State Department besuchen. US-Beamten ist ebenfalls erlaubt, dienstlich nach Taiwan zu reisen und dortige Behörden auf allen Regierungsebenen zu besuchen. Am 8. September führte der halbamtliche US-Vertreter in Taiwan, Lynn Pascoe, sofort mit Außenminister Qian Fu (Fredrick Chien) ein Gespräch in dessen Büro, d.h. es war der erste Besuch eines US-Vertreters im Taipeier Außenministerium seit 15 Jahren. Als Konsequenz der Anerkennung Beijings als die legitime Regierung Chinas hatte Washington 1979 seine diplomatischen Beziehungen zu Taipeier abgebrochen.

Während die Taipeier Regierung mit der kleinen Verbesserung der US-Taiwanpolitik nicht ganz zufrieden ist, sprach Beijing von einer potentiell "explosiven Angelegenheit". Vize-Außenminister Liu Huaqing zitierte den US-Botschafter in der VR China, Stapleton, zu sich und warf Washington vor, sich in die "inneren Angelegenheiten" Chinas einzumischen und "zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" schaffen zu wollen. (LHB, 9.9.94; ZYRB, 10.9.94; XNA, 11.9.94; IHT, 12.9.94; AWSJ, 9./10.9.94; SZ, 12.9.94; FT, 9.9.94; SZ, 12.9.94) -ni-

*(45)

Visumfreie Aufenthaltsdauer für 12 Staaten auf zwei Wochen verlängert

Ab Oktober dürfen voraussichtlich die Bürger von folgenden 12 Staaten ohne Visum 14 Tage lang in Taiwan bleiben: den USA, Japan, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Kanada, Neuseeland, Australien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Österreich (nach einigen Berichten statt Österreich der Schweiz). Nach Angaben des Touristikamtes ist die Zahl der Touristen seit dem 1. Januar d.J. mit der Einführung der Visumbefreiung bei Einreise und Aufenthalt von zunächst fünf Tagen in Taiwan deutlich gestiegen. In den ersten acht Monaten d.J. hat Taiwan rechnerisch insgesamt 1.409.976 Besucher aus dem Ausland empfangen, 16% mehr als von einem Jahr, davon sind 449.407 oder 36,63% solche, die von der Visumbefreiung Gebrauch gemacht haben. Im Hinblick auf diesen Erfolg hat die Regierung beschlossen, die visumfreie Aufenthaltsdauer für die o.g. zwölf Staaten von fünf Tagen auf zwei Wochen zu verlängern. (CP und LHB, 1.10.94; ZYRB, 2.10.94) -ni-

Hongkong und Macau

*(46)

Ergebnisse der Bezirkswahlen in Hongkong

Am 18. September wurden 18 Bezirksräte (District Boards) in Hongkong neu zusammengesetzt. Diese Gremien sind an sich von keiner großen politischen Bedeutung, besteht doch ihre einzige Funktion in der Beratung der

Regierung in Fragen wie etwa der Kultur, der Abfallentsorgung und dem Umweltschutz. Dennoch schenkte man diesen Wahlen aus mehreren Gründen Aufmerksamkeit. Erstens wurden die Bezirksräte zum letztenmal vor der Übergabe der britischen Kolonie an China 1997 gewählt. Zweitens wurden erstmals gemäß der von Gouverneur Chris Patten gegen den ausdrücklichen Willen der chinesischen Regierung in Beijing durchgesetzten Reform sämtliche 346 Abgeordnete auf Bezirksebene direkt vom Volk gewählt - vorher wurde ein Teil von ihnen von der Regierung ernannt. Drittens sieht man die Bezirkswahlen als einen Test für die nächstes Jahr fällige, teilweise durch direkte Wahl durchzuführende Neubesetzung des Legislativrats (Hongkonger Parlament) an. Nicht zuletzt bilden die Abgeordneten der Bezirksräte entsprechend der Wahlreform Pattens ein Gremium für die Wahlen von 10 der 60 Mitglieder des Legislativrats.

Von den 346 Gewählten entfielen 75 oder 21,6% auf die Democratic Party (DP), 37 (10,7%) auf die Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB), 29 (8,4%) auf die Association for Democracy and People's Livelihood (ADPL), 18 (5,2%) auf die Liberal Party (LP), 11 (3,2%) auf die Liberal Democratic Federation (LDF), 9 (2,6%) auf andere kleine politische Gruppierungen und 167 (48,3%) auf die Parteionabhängigen. Die DP und die ADPL gehören zu den politischen Kräften, die sich für die Einführung einer parlamentarischen Demokratie einsetzen und dem kommunistischen Regime in Beijing kritisch gegenüberstehen. Sie haben zusammen zwar 104 oder 30% der Gesamtsitze gewonnen, doch im Vergleich zum dominierenden Sieg bei den Wahlen zum Legislativrat 1991 ist ihr Erfolg diesmal gedämpft. Sowohl die DAB als auch die LDF, zwei beijingfreundliche Gruppen, die bei der letzten Legislativratswahl mit leeren Händen zurückblieben, haben diesmal unerwartet gut abgeschnitten, 44,6% bzw. 39,3% ihrer Kandidaten wurden gewählt (DP: 56,4%, ADPL: 72,5%). Von der LP, die in erster Linie die großen Unternehmen vertritt und politisch zwischen den prowestlichen und beijingfreundlichen Kräften liegt, sind nur 20,2% ihrer Kandidaten durchgekommen. Dies wurde als eine Niederlage bewertet.

Insgesamt sind 693.223 der 2,09 Millionen registrierten Wähler zur Urne gegangen, mehr als bei den allen Wah-

len in der Vergangenheit. Die Zunahme der Wahlbeteiligung ist aber hauptsächlich auf die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre zurückzuführen. Prozentual gesehen, ist die Wahlbeteiligung von 33,1% nur geringfügig gestiegen. Übrigens sind die Wahlen wie früher friedlich abgelaufen. (SCMP, 19./20.9.94; NZZ, 22.9.94; DGB, 21.9.94) -ni-

*(47)

Chinabesuch des Gouverneurs von Macau

Auf Einladung des chinesischen Außenministeriums hat der Gouverneur von Macau, General Vasco Joaquim Rocha Vieira, vom 30. August bis 7. September Beijing und Shanghai besucht. Die portugiesische Enklave soll 1999 an die VR China zurückgegeben werden. Im Gegensatz zu der britischen Kolonie Hongkong, die 1997 an China übergeben wird, gab es bislang keinen politischen Streit zwischen Macau und Beijing. Doch bei Antritt seiner Reise hat sich eine peinliche Situation ereignet, die den Besuch des Gouverneurs beinahe verdorben hätte. Unter den von der portugiesischen Kolonialregierung an die Vieira begleitenden Journalisten verteilten Informationsmaterialien befand sich eine auf Englisch verfaßte Persönlichkeitsbeschreibung des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng, in der dieser als eine "autoritäre" und "arrogante" Person dargestellt wird. Das chinesische Außenministerium legte Protest gegen die taktlosen Bemerkungen ein. Die Macauer Behörden dementierten, daß der Artikel zu ihren Dokumenten, die nur in Portugiesisch und Chinesisch verfaßt worden seien, gehört. Der Gouverneur entschuldigte sich persönlich bei den Chinesen für den Eklat, woraufhin er auch von Li Peng freundlich empfangen wurde. (SWB, 31.8. und 2.9.94)

Macau hat über 3.900 Joint Ventures in China. Das Gesamtinvestitionsvolumen erreichte dort bislang eine Höhe von 1,2 Mrd. US\$. Der Handel zwischen beiden Seiten betrug im letzten Jahr 678 Mio. US\$ und im ersten Halbjahr 1994 310 Mio. US\$, eine Zunahme von 9,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. 1990-1993 ist der bilaterale Handel im Durchschnitt jährlich um 18,9% gestiegen. (XNA, 7.9.94) -ni-